

BASE Jeden Mittwoch 137'000 Exemplare DIE NORDWESTSCHWEIZ

Immobilienverkauf! Mehr Kompetenz. **Mehr Leimental!**

Manuel Zigerlig RE/MAX Binningen Hauptstrasse 113 4102 Binningen +41 (0)61 425 46 50



remax.ch



Sport Er kennt bereits den neuen Bayern-Trainer

Ottmar Hitzfeld blickt auf den Final der Champions League voraus. Seite 22



Besuchen Sie unsere Ausstellung in Muttenz. www.dominoag.ch



Baselland Bahn frei für die nächste Superstimme

Nach Baschi und Nicole Bernegger stürmt Sylvia Heckendorn auf die Bühne. Seite 35

EU-Steuerstreit: Fetz fordert neuen Finanzausgleich

Im EU-Steuerstreit fordert Brüssel von der Schweiz die Abschaffung der privilegierten Besteuerung von Holdings und anderer Statusgesellschaften. Ende letzter Woche hat die Expertengruppe von Bund und Kantonen Vorschläge präsentiert, wie die EU-Forderungen erfüllt und gleichzeitig die betroffenen Firmen in der Schweiz gehalten werden können.

Klar ist: Unter den Kantonen wird es Gewinner und Verlierer geben. Dies schon deshalb, weil die Kantone vom drohenden Wegfall der Steuerprivilegien unterschiedlich betroffen sind. Die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP) fordert, in diesem Zusammenhang gleich den Nationalen Finanzausgleich (NFA) neu auszuhandeln. Die vom Wegfall der Privilegien besonders betroffenen Wirtschaftszentren Basel, Genf oder Zürich müssten bessergestellt werden. Erreichen will dies Fetz mit einer Neuberechnung des soziodemografischen Lastenausgleichs, mit dem Sonderlasten für Bevölkerungsstruktur und Zentrumsleistungen abgegolten werden.

Die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog will mit einer EU-kompatiblen Sonderregel für forschungsintensive Unternehmen verhindern, dass Life-Sciences-Firmen wegen des Wegfalls des Steuerstatus Abwanderungsgelüste kriegen könnten. Die Wirtschaftsverbände begrüssen die Idee, fordern aber, die Sonderregel auf Handelsfirmen auszudehnen. (HAJ) Seite 28



Vom Winde zerstört

Es sind Bilder wie aus einem Endzeitfilm: In den Wohngebieten der amerikanischen Kleinstadt Moore hat der Tornado nichts als Verwüstung übrig gelassen. Rund 40 Minuten hat der Sturm im Bundesstaat Oklahoma gewütet. Mindestens 24 Menschen sind nach offiziellen Angaben gestorben. Zwischen der Warnung des Wetterdienstes über die Sirenen in den Ortschaften bis zu dem

Moment, als der Rüssel des Sturms auf den Boden stiess, sind lediglich 16 Minuten geblieben – dann raste der Lufttrichter mit 300 Kilometern pro Stunde auf die Ortschaften nahe Oklahoma City zu. Der Tornado hatte die Stärke F4, die zweithöchste Stufe auf der Schadensskala für Wirbelstürme. US-Präsident Barack Obama hat für die Region den Notstand ausgerufen. (NCH) Seite 3

Baselbiet ist nicht grosszügiger

Von «Luxuslösung» und «Bentley» spricht der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel als Wortführer des Komitees, das in der kommenden Abstimmung die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) bekämpfen will. Ein Vergleich mit den Kantonen Solothurn und Aargau und den Pensionskassen von Novartis und CS ergibt aber ein anderes Bild: Im Baselbiet zahlen die Angestellten künftig 45, der Arbeitgeber 55 Prozent ans Altersguthaben. In Solothurn lautet das Verhältnis 43/57, im Aargau 41/59, und bei Novartis 35/65 Prozent. Mit 50 000 Franken Jahreslohn steht man zwar im Baselbiet besser als in den beiden anderen Kantonen da, aber bei 100000 oder 150000 Franken Jahreslohn kriegt man in Solothurn und Aargau eine höhere Rente. (DH) Seite 29

Fussballverband soll für Sicherheitsaufgebot zahlen

Cupfinal Berner Sicherheitsdirektor geht auf Konfrontationskurs zum SFV

VON LORENZ HONEGGER

Die Ausschreitungen beim Cupfinal am Pfingstmontag in Bern könnten ein finanzielles Nachspiel haben. Reto Nause, Sicherheitsdirektor der Bundesstadt, erwägt, den Schweizerischen Fussballverband (SFV) zur Kasse zu bitten. «Wir müssen uns überlegen, ob wir vom SFV als Veranstalter des Cupfinals eine Beteiligung an den Sicherheitskosten verlangen.» Der gut zwölfstündige Polizeieinsatz habe die Steuerzahler Hunderttausende Franken gekostet.

Fans der zwei beteiligten Fussballmannschaften FC Basel und GC Zürich waren vor dem Match in der Berner Innenstadt aneinandergeraten. Keine der beiden Gruppen hatte sich an die mit den Stadtbehörden vereinbarten Sammelpunkte gehalten. In der Folge kam es in unmittelbarer Nähe des Bundeshauses zu wüsten Szenen. Um eine Eskalation zu verhindern, setzte die Berner Polizei Gummischrot, Pfefferspray und Tränengas ein. Der SFV nimmt die finanziellen Begehrlichkeiten von Nause derweil betont gelassen.

Die Ausschreitungen dürften aber auch Auswirkungen auf die laufenden Diskussionen um das Hooligankonkordat haben. Dieses steht in Zürich am 9. Juni zur Abstimmung, in Basel muss der Grosse Rat darüber befinden. Die Abstimmungen werde man nun gewinnen, meint der Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, Hans-Jürg Käser. In Basel warnen die Konkordatsgegner davor, nun auf noch mehr Repression zu setzen. In Bern hätte auch die Polizei gravierende Fehler gemacht.

Kommentar rechts, Seiten 4, 25

Kommentar Schmid-Bechtel

von François



Freiheit versus Sicherheit

■ Ein paar wenige Chaoten sind schuld, dass der Fussball und seine Fans wieder einmal in Verruf geraten. Reto Nause, Berns Sicherheitsdirektor, spricht in Zusammenhang mit dem Cupfinal von einem schwarzen Tag. Ein Tag, der zehn Leichtverletzte gefordert hat. Das sind zehn Verletzte zu viel, keine Frage. Doch Nause wäre kein Politiker, wenn er aus dieser Situation nicht Profit zu schlagen versuchte. Da ist seine – legitime – Forderung, dass sich der Fussballverband an den Sicherheitskosten beteiligt. Da ist aber auch sein – populistischer – Ruf nach dem Hooligan-Konkordat.

Reto Nause liegt falsch, wenn er glaubt, mit dem Hooligan-Konkordat das Gewaltproblem zu lösen. Und er macht einen grossen Fehler, allein den Fussball und seine (mehrheitlich) friedlichen Fans zu verteufeln. Das Hooligan-Konkordat ist der Versuch, mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen: Das Bundesamt für Polizei spricht von 400 stark gewaltbereiten Fans im Eishockey und Fussball. Und das bei jährlich 4,5 bis 5 Millionen Matchbesuchern. Das Konkordat wäre da eine Fussfessel für die Mehrzahl der Fans, weil es deren Freiheit einschränkt. Etwa müsste der Basel-Fan, der in St. Gallen wohnt, von Basel mit dem Fanzug nach St. Gallen fahren, um ein Ticket für den Gästesektor zu bekommen. Oder sind Sie bereit, drei Stunden vor Matchbeginn am Eingang anzustehen, weil Leibesvisitationen durchgeführt werden?

Und: Ein Ende der Fanmärsche würde Bern keineswegs ewigen Frieden bescheren, wie es Nause jetzt suggeriert. Wir erinnern uns an den 6. Oktober 2007, als ein Umzug der SVP durch eine unbewilligte Gegendemonstration in Gewalt ausartete und sogar die «New York Times» über das brennende Bern berichtete.

francois.schmid@azmedien.ch



Gesagt

«Auf Steinen verschwinden die Inschriften, Wissen geht also verloren.»

Römerstadt-Leiter DANI SUTER zur prekären Lage in Augusta Raurica. Seite 31

bz REGION

Berufsmatur hat in Basel-Stadt nur wenige Fans

Nur gerade 7 Prozent aller Schulabgänger, oder in Zahlen 350 Jugendliche, haben vergangenes Jahr in Basel-Stadt die Berufsmatur abgelegt. Das ist neben dem Kanton Genf der schlechteste Wert der Schweiz. Im Gegenzug drängen zu viele an die Gymnasien zur klassischen Matur. (BZ) Seite 24

Das letzte Schienenstück der Tramverlängerung verschweisst

Der Verlängerung des Basler 8er-Trams nach Weil am Rhein steht seit gestern zumindest schienentechnisch nichts mehr im Weg. Die letzte Gleislücke wurde medienwirksam in Beisein von Baudirektor Hans-Peter Wessels und Weil-Oberbürgermeister Wolfgang Dietz geschlossen. (BZ) Seite 26

HEUTE IN DER ZEITUNG

Börse Seite 8 A bis Z Seite 15 **Todesanzeigen** Seite 16 Gesundheit Seite 17 Sport **Seiten 19-22** Wetter Seite 37 Leserforum Seite 38 TV/Radio Seite 39 Kultur Seiten 42-44







Kein Bentley fürs Baselbiet

BLPK-Sanierung Das Baselbieter Sanierungsmodell im Vergleich

VON DANIEL HALLER

Von einem «Bentley» sprach SVP-Landrat Hanspeter Weibel in der Landratsdebatte zur Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK). Bentley ist jene Nobelmarke, die in handwerklicher Einzelanfertigung die Staatskarossen für die englische Queen anfertigt. Was Vorlagengegner Weibel mit seinem royalen Vergleich sagen wollte: Die Baselbieter Angestellten des Kantons, der Gemeinden und der anderen öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber werden auch in der reformierten BLPK mit einer Luxusvariante bedient.

Ein Blick auf den Vergleich mit den Kantonen Aargau und Solothurn sowie den Pensionskassen der Credit Suisse und der Novartis zeigt allerdings, dass die BLPK-Versicherten künftig nicht königlich, sondern gutbürgerlich im Mittelfeld gebettet sind. Alle Pensionskassen in der untenstehenden Tabelle funktionieren nach dem Beitragsprimat: Jede versicherte Person spart auf ein eigenes Pensionskassenkonto. Im Alter wird ihr zum Umwandlungssatz dann die Rente ausbezahlt.

WER ZAHLT DIE IM VORLIE-**GENDEN VERGLEICH ANGE-**NOMMENEN 40 DIENSTJAHRE **LANG AUF DAS KONTO EIN?**

In Baselland stammen gemäss der vom Landrat verabschiedeten Sanierung künftig 45 Prozent aus der Lohntüte der Angestellten. Im Kanton Solothurn sind es 43, im Aargau 41 Prozent. Die Beschäftigten bei CS und Novartis müssen je nur 37 respektive 35 Prozent beitragen. Maximal möglich wäre gemäss Gesetz für die Berufliche Vorsorge (BVG), dass der Arbeitnehmer 50 Prozent der Sparbeiträge übernehmen muss. Die Ergänzung auf 100 Prozent übernimmt jeweils der Arbeitgeber. Fazit: Im Baselbiet zahlen künftig die Beschäf-

tigten etwas mehr als im Aargau oder Kanton Solothurn, deutlich mehr als in den grossen privatwirtschaftlichen Firmen, aber weniger als die Minimallösung, die man gemäss Weibel in Gewerbebetrieben findet.

WIE SIEHT IM ALTER DER UM-WANDLUNGSSATZ AUS?

Für die Rente ist nicht nur entscheidend, wie viel man im Alter 65 auf dem PK-Konto hat, sondern auch, wie viele Prozent davon man jährlich als Rente ausbezahlt bekommt. Dieser Umwandlungssatz ist dauernd in Bewegung und wird immer wieder angepasst. Zum Zeitpunkt, als die Swisscanto AG in Basel den vorliegenden Vergleich erstellte, hatte die BLPK mit 5,90 Prozent den tiefsten Umwandlungssatz.

WIE SIEHT ES BEI EINEM JAH-RESLOHN VON 50 000 FRANKEN

Die deutlichen Unterschiede in der Tabelle ergeben sich nicht zuletzt daraus, dass nicht in allen Vorsorgeplänen der gleiche Anteil des Lohnes versichert ist. In Baselland sind bei diesem Jahreslohn 33333, im Kanton Solothurn 23320 Franken versichert. Entsprechend unterschiedlich ist das angesparte Kapital. Hier sind die im Baselbiet versicherten Staatsangestellten bessergestellt als die Solothurner und Aargauer, aber schlechter als die Versicherten bei CS und Novartis.

WIE GUT GEHT ES STAATSAN-GESTELLTEN MIT EINEM JAH-RESLOHN VON 100 000 FRANKEN?

Wer im Baselbiet für 100000 Franken in der BLPK versichert ist, wird gemäss Landratsbeschluss künftig schlechtergestellt sein als im Kanton Solothurn, aber besser als im Aargau. Die pensionierten CS-Angestellten spielen da in einer anderen Liga, und auch bei Novartis lässt man die Baselbieter Kantonsangestellten hin-

WIE SIEHT ES MIT «LUXUS» BEI HÖHEREN ANGESTELLTEN MIT 150 000 JAHRESLOHN AUS?

Auch hier sind Baselbieter schlechtergestellt als Solothurner und etwas besser als Aargauer. Novartis-Pensionierte bewegen sich auch hier auf einem vergleichbaren Niveau, während die Luxuskarosse eindeutig von den CS-Bankern gefahren wird. Am deutlich schlechtesten sind aber jene gestellt, die zur BVG-Minimallösung versichert sind.

Der Vergleich wurde im Auftrag der BLPK von der Swisscanto AG in Basel erstellt. Verantwortlich dafür war Patrick Spuhler, der neben anderen Kantons-Pensionskassen für die PK Basel-Stadt und Baselland als Experte arbeitet.

Vergleich BLPK mit anderen Kantonen und der Wirtschaft

	BL (neu)	S0	AG	CS	Novartis	BVG-Minimum
Anteil Arbeitnehmer/Arbeitgeber (%)	45/55	43/57	41/59	37/63	35/65	50/50
Umwandlungssatz Alter 65 (%)	5,80	6,14	5,90	6,35	6,10	6,80
Sparguthaben Alter 65	340811	282 537	326877	441 090	350 375	167 691
bei 50 000 Franken Jahreslohn						
Rente bei 50 000 Franken Jahreslohn	19767	17348	19286	28 009	21 373	11 403
Sparguthaben Alter 65	737789	767 162	708 417	954872	757 210	386 918
bei 100 000 Franken Jahreslohn						
Rente bei 100 000 Franken Jahreslohn	42 792	47 104	41797	60634	46 190	26310
Sparguthaben Alter 65	1249006	1251788	1199283	1616507	1257746	386 918
bei 150 000 Franken Jahreslohn						
Rente bei 150 000 Franken Jahreslohn	72 442	76860	70758	102648	76723	26310

Explosionsgefahr in Arlesheimer Gewerbegebäude

einen Explosionsalarm in einem achtstöckigen Gewerbegebäude in Arlesheim ausgelöst. Rund 180 Personen mussten gestern für zwei Stunden evakuiert werden. Quelle war offenbar ein Benzintank im Keller; die Ursache ist noch unklar.

dämpfe wurden der Polizei um 10.15 wichen, wie es weiter hiess. Zunächst weise gesperrt. (SDA

INSERAT

Grosseinsatz Benzindämpfe haben Uhr erstmals gemeldet, wie diese am konnten sie nicht eingedämmt wer-Nachmittag mitteilte. Das Gebäude am Schorenweg wurde darauf zuerst teilweise, dann ganz evakuiert. Im Laufe des Nachmittags konnten die Betroffenen in ihre Räume zurückkehren. Verletzt wurde niemand. Die Dämpfe waren aus einem 50000-Li-Die zeitweise starken Benzin- ter-Tank mit bleifreiem Benzin ent-

den, sodass «vorübergehend zumindest theoretische Explosionsgefahr» bestanden habe. Das Gebäude wurde gründlich gelüftet und um 15.20 Uhr wieder freigegeben. Aus Sicherheitsgründen wurde während der Evakuierung auch eine Zubringerstrasse zur kantonalen Autobahn H18 zeit-

SOMMER **MARKTPLATZ SCHOPFHEIM 2013** 11.7. BREAKFAS **BREAKFAST IN AMERICA ROGER HODGSON** & BAND **BEST OF 2013** 12.7. DAS SOMMERSPEZIAL **KAYA YANAR** 13.7. ZWEI WELTEN TOUR **WISE GUYS** 14.7. OPEN AIR 2013 **HANSI HINTERSEER** & ORIGINAL TIROLER ECHO TICKETS:+49(0)7000/9966333 WWW.SOMMERSOUND-SCHOPFHEIM.DE PRESENTER

Nachrichten

Regierung I Teil des

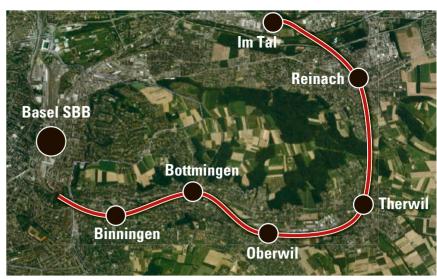
Sparpakets kommt nochmals Mit einem Selbstbehalt beim Krankheitskosten-Steuerabzug bringt die Baselbieter Regierung einen weiteren Teil des abgelehnten Sparpaketes separat nochmals. Mit dem Selbstbehalt von 5 Prozent wie bei der Bundessteuer will der Kanton 15 Mio. Franken im Jahr sparen. Die Massnahme war schon im Entlastungsrahmengesetz enthalten, das am 17. Juni des vergangenen Jahres an der Urne scheiterte. Sie losgelöst nochmals zu präsentieren, begründet die Regierung neben den Einsparungen auch mit harmonisierungsrechtlichen Bundesvorgaben sowie einer Vereinfachung der Steuererklärung. (SDA/BZ)

Regierung II 10,9 Millionen für neue Schulcomputer

Baselbieter Lehrpersonen und Lernende sollen künftig mit eigenen statt mit Schulcomputern arbeiten. Der schulische Gebrauch soll aber abgegolten werden. Diese neue IT-Strategie hat die Regierung gestern dem Landrat vorgeschlagen. Der Projektstart kostet 10,9 Mio. Franken. Alle kantonalen Schulhäuser sollen stufen- und bedarfsgerecht mit Informatikmitteln aufgerüstet werden, insbesondere mit leistungsfähigen Netzwerken. Bis in etwa fünf Jahren soll der Kanton Baselland so das Niveau der Nachbarn Aargau und Solothurn erreichen, wie die Regierung mitteilte. (SDA/BZ)

Regierung III 6. Schuljahr kommt den Kanton günstiger

Die Kompensation des 6. Primarschuljahres, das im Zuge der Bildungsharmonisierung das 1. Sekundarjahr ablöst, bringt dem Kanton Baselland unter dem Strich 7,61 Mio. Franken Einsparungen. Er zahlt den Gemeinden 33,65 Mio., dafür fallen Sekundarschul-Kosten von 41,26 Mio. weg. Die 33,65 Mio. Franken zugunsten der Gemeinden seien in einer Konsultativkommission mit Gemeindevertretenden gemäss der Zahl der Lernenden ermittelt worden. Diese Summe entspreche den mutmasslichen Vollkosten des 6. Primarschuljahres 2015/16. (SDA)



So stellt sich Thomi Jourdan die Erschliessung des Leimentals vor. ZVG

Thomi Jourdan lanciert neues Bahn-Projekt

Wahlkampf Regierungsratskandidat Thomi Jourdan (EVP) bringt ein Bahn-Projekt aufs Tapet: Mit einem Herzstück-Anschluss soll das Leimental besser erschlossen werden.

VON BENJAMIN WIELAND

Die Bombe sparte sich Thomi Jourdan für den Schluss auf. Schon über eine halbe Stunde hatte der EVP-Regierungsratskandidat an seiner zwei-Standpunkte-Medienkonferenz über Hochstämme, Fruchtfolgeflächen und den «Rohstoff Bildung» referiert. Seine Ausführungen wirkten kompetent, rissen aber gestern in Liestal niemanden vom Hocker - zu bekannt und zu vernünftig war das, was er zu den Themen Landwirtschaft und Bildung zu sagen hatte.

Dann, beim letzten Teil zum Thema Verkehr, kam er doch noch, der Knaller. Ein kleiner zwar, aber er sorgte für Gesprächsstoff: Einen öV-Bogen Leimental schlug Jourdan vor - eine neue, 15 Kilometer lange Verbindung mit Tunnels vom Bahnhof SBB über Binningen, Bottmingen, Oberwil, Therwil und Reinach bis nach Münchenstein.

Arterie fürs Herzstück

Das Leimental mit seinen rund 70 000 Einwohnern sei mangelhaft erschlossen, erklärte der 38-jährige Ökonom. Der öV-Bogen sei ein «Weitwurf» – eine Vision, «von deren allfälligen Verwirklichung auch die nachfolgenden Generationen profitieren» würden. Als «Arterie» müsse man sich den Bogen denken. Ob auf ihm S-Bahnen, Trams oder Busse verkehren würden, sei nicht entscheidend, sagte Jourdan. Klar sei hingegen, dass es nicht noch mehr Strassen brauche: «Die Südumfahrung löst die Probleme nicht.»

Die Arterien-Metapher war nicht zufällig gewählt. Der Bogen würde das «Herzstück» versorgen, also den geplanten S-Bahn-Tunnel zwischen Bahnhof SBB und Badischem Bahnhof. Das Herzstück diente Jourdan auch als Vorzeige-Objekt: «Die Verantwortlichen haben es geschafft, das Herzstück in den Köpfen festzusetzen als das öV-Projekt im Stadtkanton – ja, in der ganzen Nordwestschweiz. Dabei hatte es vor nicht allzu langer Zeit noch als kühne Vision gegolten.»

Kampf um Aufmerksamkeit

Genau so, als kühne Vision, wird Jourdans Vorschlag ausgelegt werden. Aber auch als - völlig legitimes -Mittel im Kampf um Aufmerksamkeit gegen den Kronfavoriten Anton Lauber (CVP). Dass Jourdan nicht gewillt ist, den Bekanntheitsvorsprung Laubers kampflos hinzunehmen, wurde bereits bei seiner ersten Standpunkte-Medienkonferenz von Anfang Mai klar: Damals präsentierte er ein Sechs-Punkte-Programm, mit dem er Lauber in dessen Kerngebiet, der Wirtschaftspolitik, angriff. Und auch dieses Mal trat er dem 52-jährigen Juristen ins Gärtchen: Das gesamte Leimental sei mangelhaft erschlossen und somit auch Allschwil, wie Jourdan hervorhob - die Gemeinde also, die Lauber seit 2004 präsidiert.

Schon in den Ausführungen über seine Ideen zum Thema Landwirtschaft hatte Jourdan in Richtung Lauber gestichelt. Dort sei «bestes Ackerland» in Gefahr, es könnte Siedlungsfläche zum Opfer fallen.

Jourdan ringt auch zweieinhalb Wochen vor dem Wahltermin noch um Aufmerksamkeit. Dass er Publizität gut gebrauchen kann, dafür war die zweite Standpunkt-Medienkonferenz der beste Beweis: Neben einem halben Dutzend Parteifreunden fanden sich gerade mal zwei Journalisten im Sitzungssaal ein.

INSERAT

